

Frage an die Stadt Wedel
Zur Bürgerfragestunde am 17.12.2015 (19:00 Uhr)

Der Bridge-Cub Wedel e.V. mit seinen rund 100 Mitgliedern hat seit dem 3. Februar 1997 einen ungekündigten Mietvertrag mit dem TSV über die Nutzung der sog. Kommunikationsräume an jedem Montag (17:30 bis 22:30 Uhr) und jeden Donnerstag (13:00 bis 18:00Uhr).

Seit dem 7. 12. 2015 verwehrt uns der TSV die weitere Nutzung, da er die selben Räume nun **auch** an die Stadt Wedel zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylanten vermietet hat. Dies ist eine Doppelvermietung, welche aus unserer Sicht rechtlich nicht möglich ist. Die Stadt Wedel baut die Räume zur Zeit entsprechend um, sodass sie vom Bridge-Club auch nicht mehr genutzt werden können.

Auch in Anerkennung der Notwendigkeit, Unterbringungsmöglichkeiten für die Flüchtlinge zu schaffen, hat der Bridge-Club in Wedel viele Einrichtungen wie VHS, FH, DRK, Hotels etc. angesprochen, um Ersatz zu finden - bislang leider erfolglos.

Kann die Stadt Wedel den Verein dahingehend unterstützen , dass er den Spielbetrieb in geeigneten Räumen hier in Wedel fortführen kann z.B. durch Nutzung der verschiedenen Mensen der Schulen oder in der kaum noch genutzten Pestalozzischule oder auch an anderen, verfügbaren Orten?

Es sollte aber eine dauerhafte Möglichkeit zu den oben genannten festen Zeiten sein. Der Verein zahlt dafür natürlich Miete/ Gebühren in der Höhe, wie sie der TSV bisher genommen hat.

Uwe Reimers
Pinneberger Str. 62e
22880 Wedel

17.12.2015
19:00 Uhr
Bürgerfragestunde
Stadt Wedel

zu TOP 3

Rat, 17.12.2015

Schriftliche Anfrage Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

Verzicht der Verwaltung auf Landeszuschüsse für die U3-KiTa-Finanzierung in Wedel

In den vergangenen Jahren wurde in Konsolidierungsrunden massiv bei den Familien gespart – und zwar über eine Viertel Million Euro:

Essengeld (160 000,-) €, KiTa-Sozialarbeit (50 000,- €), Kürzung KiTa-Ganztag auf 8 Stunden (50 000,- €, diese Einsparung wird durch resultierende Personalkürzungen noch wesentlich höher ausfallen). Die Politik hat die Beschlussvorlagen der Verwaltung zu diesen Einsparungen nach hitzigen Debatten mehrheitlich beschlossen.

Nun hat das Land für 2015-2018 zusätzliche Mittel in Millionenhöhe für die Kommunen ausgeschüttet, die zur finanziellen Unterstützung der Kommunen bei den Betriebskosten der KiTa im Krippenbereich gedacht sind (siehe Anhang). Die Bürgermeister/-innen im Kreis Pinneberg haben aber beschlossen, dass die Kreisverwaltung pro Jahr 11,2 Prozent der aufsteigenden Landesmittel einbehalten darf. Viele tausend Euro Zuschüsse gehen nun dem Wedeler Haushalt im kostenintensiven Bereich KiTa verloren (KiTa-Kosten in Wedel: 8 Millionen Euro).

Die Grüne Fraktion hat im BKS mehrfach nachdrücklich darauf hingewiesen, dass der Kreis Pinneberg sich nur äußerst kläglich an den KiTa-Kosten seiner Kommunen beteiligt. Die Sachlage ist also allen hinlänglich bekannt. Wenn der Kreis Pinneberg sich nur im Durchschnitt der Zuschussbeteiligung der anderen Kreise/Städte im Land bewegen würde, erhielte Wedel rund 500 000,- € KiTa-Zuschüsse vom Kreis und nicht wie bislang 40 000,- € pro Jahr. Dazu wurde dieser dürtig gezahlte Zuschuss vom Kreis seit 16 Jahren weder an die Inflation noch an die immens gestiegenen Personalkosten auch nur um einen Cent angepasst. Wedel sieht sich also mit einer chronischen KiTa-Unterfinanzierung durch den Kreis Pinneberg konfrontiert.

1. Herr Bürgermeister, können Sie dem Rat bitte die Gründe nennen, die Sie trotz der geringen Beteiligung des Kreises an unseren KiTa-Kosten, dazu bewegt haben, auf 11,2 Prozent der Landesmittel zu verzichten, die für unsere KiTa-Finanzierung in Wedel gedacht waren und die unseren Haushalt sowie unsere Familien in Wedel hätten entlasten können?

2. Transparenz/Beteiligung der politischen Gremien in Wedel:

Warum wurden die politischen Fraktionen in Wedel weder über die zu erwartenden Landesmittel noch über den von der Verwaltung beschlossenen anteiligen Verzicht informiert?

Warum wurden die Fraktionen nicht an diesem Entscheidungsprozess der Verwaltung zu den KiTa-Zuschüssen beteiligt?

3. Gehen dem Wedeler Haushalt weitere Landeszuschüsse durch die Lappen, von denen die Lokalpolitik bisher nicht in Kenntnis gesetzt wurde?

Beschlussvorlage Nr. VO/FD-31.15.286		
Verantwortlich: Fachdienst Jugend und Bildung	Datum: Verfasst von:	27.10.2015 Rose, Mara
Maßnahme: Verteilung der zusätzlichen Landesmittel für Betriebskosten U3 für die Jahre 2015 bis 2018 im Rahmen der Konnexitätsverpflichtung des Landes		
Beratungsfolge:		
Status	Datum	Gremium TOP
Ö	19.11.2015	Jugendhilfeausschuss
Ö	24.11.2015	Ausschuss für Finanzen
Ö	09.12.2015	Kreistag

Beschlussvorschlag:

Von den für die Jahre 2015 bis 2018 im Zuge der Konnexitätsverpflichtung des Landes bereitgestellten zusätzlichen Landesmitteln für Betriebskosten U3 behält der Kreis Pinneberg jeweils 11,2 % ein, um einen Teil der entstandenen Mehrkosten in der Sozialstaffel und weiterer Mehrkosten zu decken. Jeweils 88,8 % der Mittel werden mit einem Pro-Platz-Zuschuss für geschaffene und in Betrieb genommene Plätze in Kindertageseinrichtungen für Kinder unter drei Jahren an die Kommunen weitergeleitet. Für das Jahr 2015 sind die in der Zeit vom 01.03.2009 bis 31.07.2015 in Betrieb genommenen Krippenplätze zu Grunde zu legen. Für die Folgejahre bis 2018 ist der Zeitraum jeweils um ein Jahr zu verlängern.

Ab 2016 ist im Rahmen einer jährlichen Evaluation zu überprüfen, ob die Verteilkriterien ggf. angepasst werden müssen. Die Kreisgremien werden über das Ergebnis der Evaluation informiert.

Dr. ...
...
...

Finanzielle Auswirkungen

Der Beschluss hat finanzielle Auswirkungen:

☒ ja

☐ nein

Die Maßnahme/Aufgabe ist:

☒

vollständig gegenfinanziert

☐

teilweise gegenfinanziert

☐

vollständig eigenfinanziert

Auswirkungen auf den Stellenplan:

☐

Stellenmehrbedarf

☐

höhere Dotierung

☒

keine Auswirkungen

☐

Stellenminderbedarf

☐

niedrigere Dotierung

Es wurde eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung durchgeführt:

☐ ja

☒ nein

Produkt/e:						
Erträge/Aufwendungen	2014	2015	2016	2017	2018	2019 ff.
	in EUR					
* Anzugeben bei Erträgen, ob Zuschüsse/Zuweisungen; Transfererträge; Kostenerstattungen/Leistungsentgelte oder sonstige Erträge						
Anzugeben bei Aufwendungen, ob Personalaufwand; Sozialtransferaufwand; Sachaufwand; Zuschüsse/Zuweisungen oder sonstige Aufwendungen						
Erträge*:		3.946.500	4.630.300	5.332.300	6.147.300	
Aufwendungen*:		3.504.500	4.111.700	4.735.100	5.458.800	
Saldo (E-A)		442.000	518.600	597.200	688.500	
davon noch zu veranschlagen:		442.000	518.600	597.200	688.500	

Investition / Investitionsförderung	2014	2015	2016	2017	2018	2019 ff.
	in EUR					
Einzahlungen						
Auszahlungen						
Saldo (E-A)						
davon noch zu veranschlagen:						
Erträge (z.B. Auflösung von Sonderposten)						
Abschreibungsaufwand						
Saldo (E-A)						
davon noch zu veranschlagen:						
Verpflichtungsermächtigungen						
davon noch zu veranschlagen:						

Folgeeinsparungen/-kosten	2014	2015	2016	2017	2018	2019 ff.
(indirekte Auswirkungen, ggf. sorgfältig zu schätzen)	in EUR					
* Anzugeben bei Erträgen, ob Zuschüsse/Zuweisungen; Transfererträge; Kostenerstattungen/Leistungsentgelte oder sonstige Erträge Anzugeben bei Aufwendungen, ob Personalaufwand; Sozialtransferaufwand; Sachaufwand; Zuschüsse/Zuweisungen oder sonstige Aufwendungen						
Erträge*:						
Aufwendungen*:						
Saldo (E-A)						
davon noch zu veranschlagen:						

Es liegt eine Ausweitung oder eine Neuaufnahme der freiwilligen Leistung vor:

☐ ja

☒ nein

Aufgrund des Vertrages über Konsolidierungshilfen nach § 16 a Finanzausgleichsgesetz soll bei einer Ausweitung bzw. Neuaufnahme einer freiwilligen Leistung ein kompensationsvorschlag benannt werden.

Die Kompensation ist folgendermaßen vorgesehen:

1. Sachbericht und Stellungnahme

Im Rahmen seiner Konnexitätsverpflichtung hat das Land für die Jahre 2013 und 2014 zusätzliche Mittel zur Deckung von Mehrausgaben für Betriebskosten, die durch die Schaffung von neuen Krippenplätzen für die Zeit ab 01.03.2009 nach dem Bundesinvestitionsprogramm U3 entstehen, zur Verfügung gestellt.

Der Kreistag hat am 08.10.2014 (VO/FD-31.14.209) auf Empfehlung einer Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern der Stadt Elmshorn, der Stadt Pinneberg und des Kreises Pinneberg, beschlossen, diese Landesmittel, abzüglich eines Einbehaltes von 11,2 % für den Kreis Pinneberg, mit einem Pro-Platz-Zuschuss für zusätzlich geschaffene und in Betrieb genommene Krippenplätze an die Kommunen weiterzuleiten. Anfangs war angedacht, diese anhand der tatsächlich entstandenen Mehrkosten je Kindertageseinrichtung vorzunehmen. Da kreisweit kein einheitlich vergleichbares Finanzierungs- und Abrechnungssystem besteht und von Seiten der Kommunen des Kreises kein ausreichendes Interesse am Thema bestand, war diese Umsetzung nicht möglich. Bei einer Zuweisung weiterer Mittel sollte die Arbeitsgruppe die Situation neu betrachten und den Kreisgremien eine Empfehlung für die künftige Verteilung vorschlagen.

Für die Jahre 2015 bis 2018 stellt das Land mit Erlass des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung vom 26.08.2015 – VIII 342 – 464.43-002-08 dem Kreis Pinneberg folgende weitere Zuweisungen zur Verfügung:

2015	3.946.419,97 €
2016	4.630.239,03 €
2017	5.332.297,22 €
2018	6.147.231,90 €

Für 2015 wurden die Mittel im September bewilligt. Diese werden vorerst als Abschlag analog der Verteilungskriterien 2014 berechnet und an die Kommunen weitergeleitet.

Die Arbeitsgruppe hat sich erneut mit dem Thema beschäftigt.

Die Kommunen hatten bereits 2013 deutlich gemacht, dass sie an der Förderung des Landes direkt beteiligt werden wollen, da sie sich in erheblichem Umfang an den Betriebskosten der Kindertageseinrichtungen beteiligen. Eine direkte Weiterleitung der Mittel an die Kindertageseinrichtungen wäre nach dem Erlass möglich, bietet aber für beide Seiten finanziell keine Vorteile. Die Mehreinnahmen, welche die Einrichtungen erzielen würden, würden bei der kommunalen Förderung in Abzug gebracht werden. Darüber hinaus müssten zwischen den Trägern und den Kommunen für das Jahr 2015 Rückrechnungen erfolgen, da die Kommunen bereits durch Ihre Zuschüsse in Vorlage getreten sind. In den Folgejahren würden die Kommunen zeitweise ebenfalls in Vorlage treten müssen, da die Landeszuwendungen im März und August zur Verfügung gestellt werden. Das bestehende Verfahren bedeutet für alle Beteiligten insgesamt gesehen auch eine Verwaltungsvereinfachung. Eine Auszahlung an die Träger kann nicht gemeinsam mit der laufenden U3-Förderung erfolgen, da diese für alle Krippenplätze gewährt wird. Die zusätzlichen Landesmittel U3 sind allerdings ausschließlich für ab März 2009 in Betrieb genommene Plätze vorgesehen und müssen daher gesondert berechnet werden.

Die Arbeitsgruppe kommt deshalb zu dem Ergebnis, dass die Weiterleitung der Mittel an die Kommunen beibehalten werden soll. Ebenso sollte die Verteilung nach dem bisherigen Schlüssel für 2015 fortgesetzt werden. Alle Kommunen des Kreises haben sich mit dem vorgeschlagenem Vorgehen einverstanden erklärt.

Da sich die Zuwendungen ab 2016 deutlich erhöhen, sollte im Rahmen einer jährlichen Evaluation überprüft werden, ob die Verteilungskriterien ggf. angepasst werden müssen. Die Arbeitsgruppe wird sich zu ge-

bener Zeit erneut mit diesem Thema beschäftigen. Für eine Bewertung wird von den Kommunen die Höhe der Förderung im U3-Bereich für 2015, vorzugsweise anteilig der Mehraufwand für die ab März 2009 geschaffenen U3-Plätze, für die einzelnen Kindertageseinrichtungen in den Kommunen benötigt.

2. Finanzierung

Für 2015 wurden Landesmittel in Höhe von 3.946.419,97 € zugewiesen. Diese werden, nach Abzug eines Einbehalts von 11,2 % (=441.999,04 €) für den Kreis, gemäß Beschluss vollständig an die Kommunen weitergeleitet.

In den Folgejahren stellt das Land Mittel wie folgt zur Verfügung:

2016	4.630.239,03 € - Einbehalt von 11,2 % = 518.600 €
2017	5.332.297,22 € - Einbehalt von 11,2 % = 597.200 €
2018	6.147.231,90 € - Einbehalt von 11,2 % = 688.500 €

3. Zuständigkeit

Zuständig ist der Kreistag nach vorheriger Beratung im Jugendhilfe- und im Finanzausschuss.

4. Alternativen

Die Mittel werden direkt an die Kindertageseinrichtungen weitergeleitet.

Anlagenverzeichnis

keine Anlagen

Grelck, Birgit
Fachdienstleitung

Dr. Grelck
Birgit
Fachdienstleitung

Beantwortung der schriftlichen Anfrage der Grünen:

Antwort
zu TOP 3

Zu 1.:

Weder ich, noch die Stadt Wedel haben auf 11,2 % der Landesmittel verzichtet. Der Einbehalt von Landesmitteln zur Kita-Finanzierung für eigene Aufwendungen durch den Kreis Pinneberg entspricht grundsätzlich der geltenden Rechtslage. Nach dem entsprechenden Erlass des Landes können auch die Kreise Aufwendungen geltend machen und aus den Landesmitteln bedient werden. Die meisten Kreise haben sich für einen wesentlich höheren Einbehalt entschieden.

Die Diskussionen über den Eigenbehalt begannen schon 2013. Ursprünglich wollten die Kreise die gesamten Landesmittel für Konnexität einbehalten. Das konnte mit Hilfe der kommunalen Landesverbände verhindert werden.

Zur Prüfung der Angemessenheit eines Einhalts wurde auf Veranlassung des Landrates und der Bürgermeisterkonferenz eine Arbeitsgruppe aus Fachleuten des Kreises Pinneberg und des kreisangehörigen Raumes (aus der Stadt Elmshorn und der Stadt Pinneberg) gebildet. Die 11,2 % entsprechen der Empfehlung der Arbeitsgruppe, die diesen Prozentsatz als angemessen bewertet. Diese Einschätzung wird von allen Fachverwaltungen geteilt. Die Empfehlung der Arbeitsgruppe bildet die Grundlage für die Beschlussfassung des Kreistages, der für die Festlegung politisch zuständig ist.

Mit Schreiben vom 26.10. 2015 wurde die Stadt Wedel vom Kreis darüber informiert, dass die dem Kreis Pinneberg für 2015 zugewiesenen Landesmittel gemäß Beschluss des Kreistages vorerst als Abschlag analog der Verteilkriterien 2014 berechnet und an die Kommunen weitergeleitet werden. Gegen dieses Verfahren bestehen verwaltungsseitig keine Bedenken.

Zu 2.:

Die Gewährung, Berechnung und Abrechnung von Zuschüssen gehört zu den Geschäften der laufenden Verwaltung. Über die generelle Erhöhung von Landeszuschüssen sind die politischen Gremien im Rahmen des Berichtswesens/der Kita-Entwicklungsplanung unterrichtet worden, allerdings nicht detailliert über Beträge und Prozentsätze

Die politische Entscheidung über die Höhe des Einhalts trifft der Kreistag. Einen Entscheidungsprozess der Verwaltung oder eine formelle Zustimmung hat es insofern nicht gegeben

Zu 3.:

Wie oben ausgeführt, sind keine Landeszuschüsse verloren gegangen. Die Antwort lautet also : Nein!

1. 10.16
2. 10.16
3. 10.16

16.12.15

gez.

Niels Schmidt

Bürgermeister

Kommunalpolitik sei die Schule der Demokratie, hat Theodor Heuss mal behauptet und vielleicht verdanken wir dieses beliebte Zitat auch der Tatsache, dass sein Vater Bauamtsleiter in Heilbronn war. Trotzdem möchte ich mit einem Regelverstoß beginnen, für dessen Ahndung allerdings nicht die Stadtpräsidentin zuständig ist. Ein ceterum censeo gehört eigentlich ans Ende der Rede. Was bei Cato Carthago war, ist natürlich bei meiner Fraktion der Hafen. Aber selbstverständlich wollen wir ihn nicht zerstören. Ganz im Gegenteil: er steht, jedenfalls in großen Teilen, und wir wünschen uns, dass er endlich fertig, mit Leben erfüllt und dabei nicht immer teurer wird. Das wäre übrigens im Sinne Catos, der als ultrakonservativer Feind spätrömischer Dekadenz in seiner Amtszeit als Censor stets dafür eingetreten ist, dass Luxusgüter mit dem Zehnfachen ihres Werts versteuert werden. Allein mit dem Wedeler Anteil an den Mehrkosten in Millionenhöhe hätten wir beispielsweise im schulischen Ganztag viel Sinnvolles tun können.

Und damit bin ich auch schon bei einem Begriff, der typisch ist für die Sichtweise, die bei der doppelten Haushaltsführung vorherrscht, und bei dem es mich immer ein wenig fröstelt. Es ist der Begriff der "Bildungsrendite", hinter dem sich die Vorstellung verbirgt, dass sogar Bildung "sich rechnen" und dem bezifferbaren Aufwand ein ebenso zählbarer Ertrag gegenüberstehen muss. Bei dieser Art von Ökonomisierung der Politik geht Vieles verloren. So wie die Schule nicht nur Zulieferbetrieb für die Wirtschaft ist und mehr sein muss als nur die erste Phase der Berufsausbildung, ist eine Kommune eben kein mittelständischer Betrieb, für den es nur Mitarbeiter und Kunden gibt. Und in dessen Sicht 100.000 Euro für Beton, Backstein oder Asphalt eine investive Ausgabe und einen bleibenden messbaren Gegenwert in der Bilanz darstellen, 100.000 Euro für Schulsozialarbeit jedoch nur eine konsumtive Ausgabe und damit weg sind. "Wenn die Politik durch den Markt ersetzt wird, ist die Moral suspendiert", hat Erhard Eppler geschrieben.

Richtschnur und Horizont der Kommunalpolitik kann nicht nur die Haushaltsverordnung oder auch nur die Gemeindeordnung sein, für uns gelten auch die Landesverfassung und das Grundgesetz. So selbstverständlich das klingt, so wichtig ist es, uns allen das hin und wieder ins Gedächtnis zu rufen. Zum Beispiel den Art. 20, der die Bundesrepublik zu einem "demokratischen und sozialen Bundesstaat" erklärt, oder den Art. 14, in dem es heißt: "Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen." Das gilt unserer Auffassung nach eben nicht nur für störende Findlinge an der Rudolf-Höckner-Straße, sondern auch für städtische Grundstücke und Immobilien wie zum Beispiel die alte Stadtbücherei.

Wir beurteilen den Haushalt nicht nur nach dem, was unter dem Strich herauskommt, sondern legen inhaltliche Maßstäbe daran an und machen nicht nur ausgewählte, sondern alle strategischen Ziele, die wir formuliert haben, zur Grundlage. Wenn Kommunalpolitik die Schule der Demokratie ist, stehen in unserem Lehrplan nicht nur Rechnungswesen und Betriebswirtschaftslehre, sondern auch Ethik und Sozialkunde, und die sind für uns Hauptfächer. Und in diesen Hauptfächern hat der größte Teil der Klasse ein kleines, aber eindrucksvolles Projekt gestaltet. Damit meine ich den gemeinsamen Stand in der Bahnhofsstraße, an dem am Samstag vor dem Bürgerentscheid fünf von sechs Fraktionen dieses Rats entsprechend seinem

einstimmigen Votum für ein "Nein" und damit den Bau einer Flüchtlingsunterkunft an der Feldstraße gewonnen haben. Ich möchte an dieser Stelle denjenigen danken, die dazu die Initiative ergriffen und die notwendige Logistik besorgt haben. Auch wenn es pathetisch klingt – diese Aktion über Fraktions- und Parteigrenzen hinweg war Ausdruck einer Gemeinsamkeit, von der unsere Stadt als "weltoffene Gemeinde" gerade jetzt möglichst viel braucht.

Ich will diese Aktion nicht überbewerten, aber auch nicht gering schätzen. Die politischen Differenzen auf fast allen anderen Gebieten bleiben auch danach bestehen und sind schon wenige Tage später in den Ausschüssen deutlich geworden. Es war kein Burgfrieden, in dem "es keine Parteien mehr gibt", zumal Wedel keine belagerte Festung ist, die sich eines Ansturms von Fremden oder gar Feinden erwehren müsste. An dieser Stelle sei die Feststellung erlaubt, dass für viele Kommunen die teuersten Flüchtlinge nicht diejenigen sind, die Schutz vor Krieg, Leid und Elend suchen, sondern diejenigen, die ohne Lebensgefahr vor der Gewerbesteuer flüchten.

Neben den Ausgaben im Bildungsbereich hat meine Fraktion an diesem Haushalt vor allem die Nachtragshaushaltssatzung befürwortet, die die Errichtung einer Wohnunterkunft am Steinberg ermöglicht. Dass diese Unterkunft nicht von einem privaten Investor, sondern von der Stadt selbst gebaut wird und eine spätere Nutzung als Sozialwohnungen vorsieht, mag für manche Fraktionen ein Sündenfall oder ein Rückfall in längst überwunden geglaubte Zeiten sein. Auch wenn Wedel damit nur eine Pflichtaufgabe erfüllt, ist die Art, wie wir das tun, doch eine Chance. Vielleicht ist es gewagt und allzu optimistisch, darin die Keimzelle eines von uns seit jeher geforderten kommunalen Wohnungsbaus zu sehen. Aber die Hoffnung stirbt zuletzt, und immerhin kann man es als guten Ansatz werten, eines unserer strategischen Ziele, nämlich die Schaffung bezahlbaren Wohnraums für alle Bevölkerungsschichten, endlich ernst zu nehmen. Dazu gehört natürlich auch, die von uns verabschiedete 30%-Regel bei Bebauungsplänen nicht durch einen sogenannten "pragmatischen" Umgang auszuhöhlen und wirkungslos zu machen. Und dazu gehört auch und besonders, dass wir bezahlbaren Wohnraum nicht nur unter dem Druck der jetzigen Situation schaffen, nicht nur für Geflüchtete, sondern zukünftig auch für andere, die der Hilfe einer sozialen Kommune bedürfen. Das Schlimmste wäre es, auch nur den Eindruck zuzulassen, dass in Wedel arme und schwache Menschen mit noch ärmeren und noch schwächeren Menschen um Wohnraum und Sozialleistungen konkurrieren müssen und dabei den Kürzeren ziehen.

Jeder Haushalt hat Licht und Schatten, und was wir begrüßen, ist für andere unverzeihlich. Für manche ist ein zu fünfzig Prozent gefülltes Glas halb leer, für andere halb voll. In dieser spezifischen Situation, in der Wedel vor neuen Herausforderungen steht, sehen wir eine Chance. Nämlich die Chance, das städtische Handeln nicht nur als kostenträchtige Verpflichtung und das ehrenamtliche Engagement zahlreicher Menschen nicht nur als willkommene Entlastung des Haushalts anzusehen, sondern als einen von vielen Schritten auf dem Weg zu einer solidarischen Stadtgesellschaft. In diesem Sinne ist das Glas für uns nicht halb leer, sondern halb voll, und wir stimmen dem Haushalt 2016 nicht mit Bauchschmerzen, der Faust in der Tasche oder schweren Herzens zu, sondern mit Dank an die Verwaltung für das umfangreiche Zahlenwerk und vor allem mit Hoffnung und vielleicht sogar begründeter Zuversicht.

Haushaltsrede für die WSI-Fraktion am 17. 12. 2015

Version 17.12.2015 (S. Bakan)

Sehr geehrte Damen und Herrn,

Auch in diesem Jahr liegt uns wieder ein ausgeglichener Haushaltsentwurf mit einem bescheidenen Überschuss vor.

Ich möchte im Namen der WSI-Fraktion an dieser Stelle der Verwaltung besonders danken, dass sie uns trotz der nach wie vor schwierigen Finanzsituation und der vielfach mühsamen politischen Detailberatungen einen zumindest formal ausgeglichenen Haushaltsentwurf vorgelegt hat.

Auf der Einnahmeseite sind für 2016 wieder 50 MEuro an Steuern eingeplant, einer der höchsten Werte in der Haushaltsgeschichte von Wedel. Damit liegen wir bei der Steuerkraft pro Bürger erneut über dem Landesdurchschnitt, wie schon seit Jahrzehnten. Aufgrund dieser ungewöhnlich hohen Steuerkraft konnte und kann sich die Stadt Wedel eine Vielzahl von freiwilligen Leistungen vor allem im Bildungs- und Sozialbereich erlauben, wie z.B. 2 Ganztagschulen, die Villa, oder 2 Seniorentagesstätten. Natürlich halten wir alle das für sinnvoll und hilfreich. Wir sollten aber immer bedenken, dass viele dieser Leistungen in vielen vergleichbaren Kommunen völlig undenkbar wären.

Die anhaltenden Einbrüche bei der Gewerbesteuer in den letzten Jahren haben uns gezeigt, wie unzuverlässig dieser wichtige Teil unserer Steuereinnahmen ist. Daher ist es richtig und sinnvoll, dass der Haushaltsentwurf inzwischen einen deutlich geringeren und damit realistischeren Wert für das Gewerbesteueraufkommen enthält als in früheren Jahren. Sollten wir dann zur Überraschung doch auch mal wieder günstigere Entwicklungen erleben und Haushaltsüberschüsse erwirtschaften können, dann hilft uns das unsere inzwischen aufgelaufenen Defizite von ca. 14 MEuro abzubauen.

Allerdings müssen wir uns trotz des vorsichtigen Ansatzes bei den Steuereinnahmen darüber im Klaren sein: Die schwarze Null wird durch einmalige Einnahmen vor allem aus Gebäude- und Grundstücksverkäufen erreicht. Daher ergibt sich in Wahrheit auch für 2016 wieder ein strukturelles Defizit von etwa 1,5 MEuro. Und um die strategischen Ziele des Rates zu erreichen, müssten wir darüber hinaus sogar einen Überschuss von mindestens 1,7 MEuro erwirtschaften. Nur damit können wir die bisher aufgelaufenen Defizite der letzten Jahre in absehbarer Zeit wieder abbauen. Diesen Betrag erreichen wir aber lt. der vorliegenden Planung trotz aller Sparbemühungen weder im kommenden Jahr noch in absehbarer Zukunft. Da an der grundsätzlichen Zielrichtung eines

langfristig ausgeglichenen Haushaltes aus unserer Sicht kein Zweifel bestehen kann, ist auch weiterhin eine verantwortungsbewusste Begrenzung unserer Ausgaben unvermeidlich.

Dabei ist uns allerdings wichtig die Entwicklungen im Sozial- und Bildungsbereich nicht zu sehr zu beeinträchtigen. Insbesondere im Bildungsbereich konnten für 2016 sogar einige dringende Bedarfe zusätzlich eingeplant werden.

Eine besondere Herausforderung wird die kurzfristige Unterbringung und Eingliederung von Hunderten weiterer Flüchtlinge darstellen. Hier hat die Verwaltung ihr Möglichstes getan. Der reibungslose Ablauf bisher ist aber auch das Verdienst der vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer aus der Bevölkerung und des gut funktionierenden sozialen Netzes in Wedel. Dafür möchten wir uns an dieser Stelle bei allen Beteiligten herzlich bedanken. Für das kommende Jahr stellt der Staat nun vermehrt Mittel zur Verfügung, die eine Entlastung der amtlichen und ehrenamtlichen Helfer erlauben sollten. Und die Stadt ist mit unserer klaren Unterstützung ihre Hausaufgaben bzgl. des Neubaus von Unterkünften verantwortungsbewusst angegangen.

Im Umweltbereich erleben wir gerade eine bemerkenswerte Initiative von engagierten Bürgern, die sich im Rahmen des Klimaschutzfonds Wedel verpflichtet haben, der Stadt die fehlenden Mittel für einen Klimaschutzmanager zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes zukommen zu lassen.

An einer anderen Stelle haben wir uns für eine deutliche Reduktion der Ausgaben eingesetzt, indem wir Planungsmittel für die Nordumfahrung zur Zeit ablehnen. Wir sehen keine realistische Möglichkeit für die Förderung einer solchen Verlegung der B431 durch den Bund in den nächsten 10 Jahren. Und an eine Umsetzung dieser Straßenbaupläne für zig Millionen Euro aus eigenen Mitteln ist in der gegenwärtigen Haushalts-Situation nicht im Entferntesten zu denken. Daher wäre es Geldverschwendung, jetzt 1 Million Euro in Planungskosten zu stecken, die wir als Stadt selbst aufbringen müssen und die zu keiner Projektförderung führen.

Das alleine rettet natürlich unseren Haushalt nicht. Wir werden auch weiterhin mit Augenmaß alle Einnahmemöglichkeiten und alle Ausgabewünsche kritisch prüfen müssen. Daher werden wir uns auch zukünftig einer konstruktiven Debatte zur weiteren Haushaltskonsolidierung nicht verschließen.

Für die WSI-Fraktion stellt der vorliegende HH-Vorschlag mit Stellenplan für 2016 daher trotz verschiedener Bedenken eine vernünftige Entscheidungsgrundlage dar, der wir nach sorgfältiger Abwägung zustimmen werden. Denn wir wollen, dass die Stadtverwaltung und ihre angeschlossenen Einrichtungen sowie die Vereine und Verbände unserer Stadt ihre wichtige Arbeit auch im kommenden Jahr möglichst nahtlos weiter leisten können.



Rede zum Haushaltsentwurf 2016

Ratsversammlung der Stadt Wedel am 17. Dezember 2015

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

uns liegt der Entwurf für die Haushaltssatzung 2016 vor und ich möchte zunächst ausdrücklich meinen Dank aussprechen an die Verwaltung und den Bürgermeister, die aus schwierigen Umständen das Beste herausgeholt haben. Sie trifft an diesem Ergebnis wenig Schuld, diese Vorlage wurde von der linken politischen Mehrheit in den Ausschüssen verbrochen.

Denn dieser Haushalt schreibt die Fehler aus dem Vorjahr nicht nur fort, er zementiert sie auch noch. Gegen die Stimmen der CDU wurden fast alle erzielten Einsparbemühungen zurückgedreht und Ausgabenausweitungen beschlossen. Es scheint ausnahmslos jeder Wunsch erfüllt werden zu sollen, koste es, was es wolle. Schließlich ist ja Weihnachten, das Gabenfest. Und so wird opulent mit dem Füllhorn alles und jeder üppig bedient.

Dabei ist das Füllhorn leer, denn die Stadt hat dauerhaft ein Drittel ihrer Einnahmen verloren und der Finanzminister hat uns ins Stammbuch geschrieben, dass die dauerhafte finanzielle Leistungsfähigkeit unserer Stadt nicht mehr gegeben ist. Und er ließ bereits Taten folgen und kürzte zuletzt den Kreditbetrag, den die politische linke Mehrheit bereits letztes Jahr in einem Ausgabenexzess beschlossen hatte.

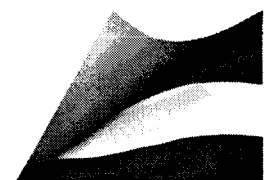
Jeder vernünftige Mensch würde sich angesichts der drohenden Pleite zurücknehmen und sparen – aber Sie tun das nicht. Sie nicht! Die Damen und Herren von SPD, Linken, Grünen und WSI haben das nicht nötig, denn sie verpassen ja nicht ihr eigenes Geld, sondern „nur“ das Geld der Steuerzahler, das der Wedeler Bürger. Sie genießen es geradezu, mit anderer Leute Geld eigene Fehler machen zu können. Und die machen sie reichlich, auch politische Fehlentscheidungen verteilen sie mit dem Füllhorn.

Für die CDU ist dieses Verhalten verantwortungslos!

Verantwortungslos ist, dass Sie in einem Jahr mehr als 20 Millionen Euro an neuen Schulden machen. Das ist so viel, wie die Stadt vor 5 Jahren noch an Gesamtverschuldung vorzuweisen hatte. Und ein Großteil dieser Neuverschuldung ist völlig überflüssig, die Stadt könnte ohne sie auskommen und die damit verbundenen Ziele dennoch erreichen.

Doch Sie investieren diese Kredite nicht etwa in zukunftsweisende und mehrwertschaffende Projekte zum Wohle der Bürger. Nein, Sie versenken sie für den Bau von Flüchtlingsunterkünften.

Diese sind unbestritten notwendig. Aber überhaupt nicht nötig ist, sie mit städtischem Geld zu bauen, das man gar nicht hat und sich daher teuer leihen muss. Es stehen Investoren bereit, die den Bau und Betrieb für die Stadt übernehmen und das kostet die Stadt nicht einen Penny.





Diese Lösung ist wirtschaftlicher, die Unterkünfte stünden uns schneller zur Verfügung und der finanzielle Handlungsspielraum der Stadt würde nicht bis aufs Letzte ausgereizt.

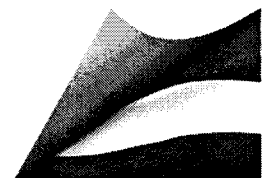
Aber Sie fahren die Stadt lieber an die Wand! Um Ihren Finanzcharakiri bezahlen zu können, opfern sie das wichtigste Zukunftsprojekt der Stadt, die Nordumfahrung. Sie schlagen den Anwohnern der Altstadt und den Bürgern Wedels, die tagtäglich endlose Staus ertragen müssen, mitten ins Gesicht. Mit Anlauf! Denn Sie behaupten, Sie wären nicht gegen die Straße. Sie planen sie nur einfach nicht mehr und streichen die nötigen Planungsmittel aus dem Haushalt. Sie brechen Ihr Wort, das Wort des Rates, gegenüber den Anliegern und Bürgern dieser Stadt. Das ist verantwortungslos!

Sie überschulden die Stadt hoffnungslos und reizen ihren finanziellen Handlungsspielraum vorsätzlich, mit vollem Wissen und mit Absicht bis zum Abwürgen aus, so dass wir in den kommenden Jahren kaum mehr Möglichkeiten haben werden, die großen vor uns liegenden Herausforderungen zu meistern. Sie agieren, als würde es immer jemanden geben, der für Ihre ungedeckten Schecks geradestehen würde – und den gibt es sogar. Es sind die Wedeler Bürger, die Ihre politische und finanzielle Irrlichterei ausbaden müssen.

Dieser von SPD, Linken, Grünen und WSI zusammengeschusterte Haushaltsentwurf ist weder zukunftsfähig noch ist er seriös. Er ist das Ergebnis verantwortungsloser Politik. Und daran wird sich die CDU nicht beteiligen – wir werden Sie allerdings hierfür politisch in die Verantwortung nehmen.

Michael C. Kissig
Fraktionsvorsitzender

CDU
Fraktion
Wedel



Haushaltsrede SPD - Fraktion

17.12.15

Sehr geehrte Damen und Herren im Rat der Stadt Wedel. Die SPD Fraktion im Rat wird dem Haushalt 2016 zustimmen. Wir haben den Haushalt 2016 aktiv mitgestaltet und trotz des wachsenden Drucks durchgesetzt, dass keine gravierenden Kürzungen in solchen Bereichen vorgenommen werden, die uns besonders am Herzen liegen. Es gibt bei allen engen Spielräumen für gestaltende Politik sogar Bereiche, z.B. im Bereich der Bildung, die mit zusätzlichem Geld und sogar Stellen ausgestattet werden. Das rechnen wir uns mit an.

Trotzdem ist der Haushalt kein Grund zum Jubeln, und ich zeige Ihnen gerne hier wieder mal meinen erhobenen Zeigefinger. Seit Jahren mahnen wir, dass der freie Markt den benötigten Wohnungsbedarf nicht abdeckt. Schlimmer noch ist, dass seit mehr als 10 Jahren keine Sozialwohnungen mehr gebaut wurden, dass die Zahl der öffentlich geförderten Wohnungen von Jahr zu Jahr sinkt, und dass immer mehr Wohnungen aus der Preisbindung herausfallen. Auf der anderen Seite wächst die Zahl derer, die diese Wohnungen benötigen, ständig an. Wenn ich hier von 1000 zusätzlich benötigten Wohnungen rede, liege ich sicher nicht ganz falsch.

Aber hier sehen wir einen Silberstreifen: Nach jahrelangem Stillstand im sozialen Wohnungsbau haben wir mit dazu beigetragen, dass bezahlbare Reihenhäuser und öffentlich geförderter Wohnraum an der Holmer Straße und an der Schauenburgerstraße schon in naher Zukunft bezugsfertig sind. Es wird uns mit einer Mehrheit im Rat in Zukunft endlich gelingen, dass bei der Neuaufstellung oder Änderung von Bebauungsplänen grundsätzlich und ausnahmslos 30% öffentlich geförderter Wohnraum entstehen wird. Es darf auf keinen Fall zu einer Umgehung oder Verwässerung des Ratsbeschlusses zum sozialen Wohnungsbau kommen. Hier wird die SPD weiter für eine Umsetzung kämpfen.

Im Moment sehen wir mit Interesse, dass eine der ortsansässigen Wohnungsbaugenossenschaften bereits die Bindungen ihrer Wohnungen selbstständig verlängert hat, ohne dass es Kompensationsgeschäfte gäbe. Das ist sehr zu begrüßen, ist aber ein Tropfen auf den heißen Stein. Bei zukünftigen Verhandlungen muss die Stadt sehr genau überlegen, wie das Grundrecht auf bezahlbaren Wohnraum im Sinne der Einwohner Wedels gesichert werden

kann. Die zusätzlichen Belastungen durch die steigende Zahl von refugees ist dabei nur ein Teil des Problems, aber natürlich ein wichtiger. Das wird 2016 mit aller Wucht auf uns zukommen.

Vor diesem Hintergrund wird es immer dringender, dass der Rat in Zusammenarbeit mit der Verwaltung ein tragfähiges Gesamtkonzept für die Stadt erarbeitet, in dem die strategische Ausrichtung für die nächsten Jahre definiert wird. Klar ist, dass wir uns nicht weiter von Jahr zu Jahr hangeln können. Ohne aktive und gestaltende Politik im Rat wird am Ende gar nichts gut – die SPD wird sich natürlich wie bisher aktiv an dieser Gestaltung der Zukunft unserer Stadt beteiligen!

Zum Haushaltsplan 2016

(Rede: Es gilt das gesprochene Wort)

Den Haushaltsplan 2016 – er umfasst 561 Seiten – sowie eine sehr informative Beschlussvorlage hat uns die Verwaltung pünktlich im Oktober vorgelegt. Für diese aufwendige Arbeit und für die danach gute Beratung und Unterstützung unserer Fraktion durch die Mitarbeiter der Verwaltung möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich danken.

Grundsätzlich ist zum Haushalt festzustellen:

- Der Haushalt ist stark geprägt durch die aktuelle Lage, in die Zukunft weisende und strukturelle Elemente sind nur gering vorhanden.
- Eine einnahmenorientierte Ausgabenpolitik ist nicht gelungen, die Ausgaben konnten also den weg gebrochenen Gewerbesteuer-Einnahmen nicht entsprechend gesenkt werden.
- Trotz des ausgeglichenen Haushalts besteht weiterhin ein strukturelles Defizit.
- Die Kreditaufnahme mit über 13 Mio. EUR treibt die Gesamtverschuldung auf eine bedenkliche Höhe. Ein Abbau der Schulden ist nicht in Sicht.
- Positiv anzumerken ist die Verbesserung der Integrationspauschale für die Hilfen für Flüchtlinge, die auch nötig ist, damit auch die Herausforderungen gemeistert werden können.

In den Ausschuss-Beratungen zum Haushalt ging es uns sehr darum, den Schulen den nötigen Rahmen zu geben, damit unsere heranwachsenden Kinder und Jugendlichen gute räumliche und pädagogische Voraussetzungen haben. Das kostet Geld, ist aber die beste Investition für die Zukunft. Hier ist jedoch anzumerken, dass nur die allerdringlichsten Maßnahmen beschlossen wurden. Die weitergehenden Anträge der FDP-Fraktion fanden im Ausschuss leider keine Mehrheit.

Die mehrheitliche Entscheidung, den Neubau der Unterkunft am Steinberg in Eigenregie zu betreiben, halten wir nach wie vor für eine falsche Vorgehensweise. Ein Investorenmodell wäre u. E. besser in der Lage, schneller und für unseren Ergebnisplan günstiger den Neubau zu erstellen. So werden wieder Kredite erforderlich, die zu weiteren Belastungen führen. Zudem zeigen Beispiele, dass Bauen in öffentlicher Hand nicht immer problemlos ist, denke man nur an den Berliner Flughafen oder die Elbphilharmonie. Oder, wenn wir vor der Haustür bleiben wollen: Die enorme Kostensteigerung beim Bau der Mensa am Gymnasium. Da liegen wir jetzt bei rd. 6,6 Millionen.

Was uns aber an dem Haushalt 2016 gar nicht gefällt, ist die Tatsache, dass Mittel für die Planung der Nordumfahrung nicht mehr enthalten sind. Alle Anträge der FDP, sei es auch nur Teilkosten im Haushalt vorzusehen, wurden kategorisch mehrheitlich abgelehnt. Vor einigen Monaten standen wir noch vor der Vergabe des Auftrags für die Planung. Nun wird haushaltsrechtlich ein Vorhaben beendet, das unserer Meinung nach für die Entwicklung Wedels in der Zukunft von großer Wichtigkeit ist. Schon jetzt nimmt die Wohnbebauung zu und der Verkehr überlastet unsere Hauptstraßen. Der Business Park mit den zu erwartenden Beschäftigten wird die Lage zusätzlich verschärfen. Seit Jahrzehnten versprechen wir den Bürgern der Altstadt für Verkehrsentslastung zu sorgen, politische Mehrheiten im Rat einigten sich auf eine Nordumfahrung und plötzlich gilt das nicht mehr. Das Argument, in Berlin werde die Umfahrung in absehbarer Zeit nicht in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen, kann schnell vom Tisch sein. Beispiele gibt es dafür genügend. Sei es, dass ein Konjunkturpaket aufgelegt wird oder politische Gegebenheiten zu einer anderen Einschätzung führen. Wenn aber der sog. „Gesehen Vermerk“ vorhanden ist, könnte Wedel dann schnellstens zum Zuge kommen. Die FDP wird deshalb an der Nordumfahrung festhalten und fordert weiterhin die Planung, damit diese wichtige Verkehrsentslastung für die Zukunft nicht vertan wird. Weil uns das so wichtig ist und der Haushalt Mittel hierfür nicht mehr vorsieht, können wir dem Haushalt 2016 nicht zustimmen.

SPD-Fraktion Wedel

8/12.15

Tischvorlage für den Rat am 17.12.2015

we TOP 7

Die SPD-Fraktion **beantragt** die

Streichung des „k.w.-Vermerks“ der Stelle 1-504-01 beim Seniorenbüro

Begründung:

Seit über 30 Jahren unterhält die Stadt Wedel ein Seniorenbüro. Diese unabhängige und kompetente Beratungs- und Koordinierungsstelle der Stadt Wedel arbeitet insbesondere für ältere Bürger mit einem Netzwerk zusammen, welches aus über 20 verschiedenen Institutionen besteht.

Die Altersarmut nimmt zu und immer mehr alte Menschen leben allein. Allein in Wedel gibt es bereits über 11.000 Menschen ältere Menschen mit steigender Anzahl in den nächsten Jahren. Es gibt kaum noch junge Verwandte, die sich um die Älteren kümmern können. Besondere Aufmerksamkeit kommt auch den Menschen mit Behinderungen zu und denen, die pflegebedürftig sind.

Wir bitten um Zustimmung aller Fraktionen, um den Erhalt dieser wichtigen und wertvollen Arbeit im Seniorenbüro nicht zu gefährden.

Wedel, den 08.12.2015

Für die SPD-Fraktion Wedel

Sophia Jacobs-Emeis
Wolfgang Rüdiger

Bedeutung des k.w.

Die Stelle ist an die/den Inhaber/in gebunden. Durch Umorganisation oder nach Ablauf eines vorübergehenden Personalbedarfs fällt die Stelle zu einem späteren Zeitpunkt weg.

Anfrage an die Verwaltung der Stadt Wedel im Rat am 17.12.2015

Herr Bürgermeister,

es kommt immer wieder vor, dass auf der offiziellen Homepage der Stadt Wedel, außer Hinweisen auf Behörden, Veranstaltungen und sonstigen Informationen, immer wieder „meinungsbildende Beiträge“ von Herrn Jörg Frenzel veröffentlicht werden, der selbst Betreiber der Homepage-Seite ist. Anlass zu meiner Anfrage ist der Artikel vom 10.12.2015 von Herrn Frenzel „Findlings-Aufstand – die wahre Geschichte. Stadtverwaltung rückt Berichterstattung in Boulevard-Zeitung zurecht“.

Meine Fragen:

1. Arbeitet Herr Jörg Frenzel als offizieller Pressesprecher der Stadt Wedel? Wie ist es ansonsten zu verstehen, dass Artikel auf der Homepage erscheinen, die seine persönliche Meinung wiedergeben, bzw. die des Bürgermeisters oder der Verwaltung der Stadt Wedel?
2. Wie können Bürgerinnen und Bürger in dem gleichen Medium, wo der Artikel erschienen ist, ihre Kommentare veröffentlichen?

Wenn Artikel in einer Zeitung stehen, die eine persönliche Meinungsbildung darstellen, hat jede Bürgerin oder jeder Bürger das Recht der Gegendarstellung, er könnte einen Leserbrief oder auch einen eigenen Artikel dazu einsenden. Welche Möglichkeiten hat der Leser auf der Homepage der Stadt Wedel?

Wenn keine Gegendarstellung in Form von Leserbriefen etc. möglich ist, muss man sagen, dass die Homepage der Stadt Wedel so zur Propagandamaschine umfunktioniert werden kann?

Eine zusätzliche Frage, die im Rat nicht vorgetragen wurde:

3. Bei dem Bericht, der die Basis für die „Wahre Geschichte“ von Herrn Frenzel bildet, wäre m. E. eine Gegendarstellung in dem Medium, in dem dieser Artikel erschien, möglich gewesen und zwar von der Stadtverwaltung Wedel oder vom Bürgermeister? Hierzu erbitte ich auch die Stellungnahme.

Wedel, den 20.12.2015

Wolfgang Rüdiger

Anfrage an die Verwaltung der Stadt Wedel im Rat am 17.12.2015

Herr Bürgermeister,

es kommt immer wieder vor, dass auf der offiziellen Homepage der Stadt Wedel, außer Hinweisen auf Behörden, Veranstaltungen und sonstigen Informationen, immer wieder „meinungsbildende Beiträge“ von Herrn Jörg Frenzel veröffentlicht werden, der selbst Betreiber der Homepage-Seite ist. Anlass zu meiner Anfrage ist der Artikel vom 10.12.2015 von Herrn Frenzel „Findlings-Aufstand – die wahre Geschichte. Stadtverwaltung rückt Berichterstattung in Boulevard-Zeitung zurecht“.

Meine Fragen:

1. Arbeitet Herr Jörg Frenzel als offizieller Pressesprecher der Stadt Wedel? Wie ist es ansonsten zu verstehen, dass Artikel auf der Homepage erscheinen, die seine persönliche Meinung wiedergeben, bzw. die des Bürgermeisters oder der Verwaltung der Stadt Wedel?
2. Wie können Bürgerinnen und Bürger in dem gleichen Medium, wo der Artikel erschienen ist, ihre Kommentare veröffentlichen?

Wenn Artikel in einer Zeitung stehen, die eine persönliche Meinungsbildung darstellen, hat jede Bürgerin oder jeder Bürger das Recht der Gegendarstellung, er könnte einen Leserbrief oder auch einen eigenen Artikel dazu einsenden. Welche Möglichkeiten hat der Leser auf der Homepage der Stadt Wedel?

Wenn keine Gegendarstellung in Form von Leserbriefen etc. möglich ist, muss man sagen, dass die Homepage der Stadt Wedel so zur Propagandamaschine umfunktioniert werden kann?

Eine zusätzliche Frage, die im Rat nicht vorgetragen wurde:

3. Bei dem Bericht, der die Basis für die „Wahre Geschichte“ von Herrn Frenzel bildet, wäre m. E. eine Gegendarstellung in dem Medium, in dem dieser Artikel erschien, möglich gewesen und zwar von der Stadtverwaltung Wedel oder vom Bürgermeister? Hierzu erbitte ich auch die Stellungnahme.

Wedel, den 20.12.2015

Wolfgang Rüdiger
